

<b>1 Einführung und Begriffsbestimmungen</b> .....	1
1.1 Einführung .....	1
1.2 Uneinheitliche Sprachregelung .....	2
1.2.1 Verwirrende Bezeichnungen .....	2
1.2.2 Notwendigkeit der Definition und Abgrenzung .....	4
1.3 Aufgabe des Bereitschaftsdienstes .....	4
1.3.1 Zuständigkeit für den akuten Behandlungsfall .....	4
1.3.2 Einsatz nur außerhalb der Sprechstundenzeiten .....	6
1.3.3 Abgrenzung „akuter Behandlungsfall“ – „Notfall“ .....	6
1.3.4 Keine Kompetenz des Bereitschaftsdienstes für den „Notfall“	8
1.4 Notfallrettung als Aufgabe des Rettungsdienstes .....	10
1.4.1 Einsatz von Notärzten nur im Rettungsdienst .....	10
1.4.2 Einsatz von Rettungsdienstfahrzeugen nur im Rettungsdienst	11
1.4.3 Notfallindikationen für den Einsatz des Rettungsdienstes ...	13
1.4.3.1 Notfallbezogene Indikationen .....	13
1.4.3.2 Indikationen für zusätzlichen Einsatz eines Notarztes .....	13
1.4.3.3 Keine Indikationen für Notarzteinsatz .....	13
1.4.4 Unterschiedliche Trägerschaft und Organisation .....	15
1.5 Notwendigkeit einer einheitlichen Sprachregelung .....	16
1.5.1 Zwingende Verwendung des Begriffs „Bereitschaftsdienst“ .	16
1.5.2 Appell zur bundesweiten Bezeichnung als „Bereitschaftsdienst“ .....	17
1.5.3 Einheitliche Rufnummer „116 117“ für den Bereitschaftsdienst .....	19
1.5.4 Begrifflichkeiten in diesem Buch .....	20
<b>2 Rechtsgrundlagen und Organisation</b> .....	21
2.1 Rechtsgrundlagen .....	21
2.1.1 Berufs- und Vertragsarztrecht .....	21
2.1.2 Bereitschaftsdienstordnungen/Not(fall)dienstordnungen .....	22
2.1.3 Gemeinsame Regelung durch KV und Ärztekammer .....	23
2.1.4 Entscheidungsspielraum der KV und Ärztekammer .....	24

2.2	Organisation des Bereitschaftsdienstes .....	25
2.2.1	Gebietseinteilung und Bereitschaftsdienstpläne .....	25
2.2.2	Allgemeinärztlicher und fachärztlicher Bereitschaftsdienst ..	26
2.2.3	Zentrale Bereitschaftsdienstpraxis .....	28
2.3	Weitere mögliche Anlaufstellen .....	29
2.3.1	Anbindung an das Krankenhaus oder den Rettungsdienst .....	29
2.3.2	Anbindung an die Rettungsleitstelle .....	31
2.3.3	Inanspruchnahme anderer Ärzte und Einrichtungen .....	32
2.3.4	Privatärztlicher Bereitschaftsdienst .....	33
2.4	Reform des Bereitschafts-/Not(fall)dienstes .....	34
2.5	Organisationspflichten im Bereitschaftsdienst .....	36
2.5.1	Ausstattung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes .....	36
2.5.2	Erreichbarkeit des Arztes im Bereitschaftsdienst .....	38
2.5.3	Auffindbarkeit des Arztes im Bereitschaftsdienst .....	39
2.5.4	Ständige Anwesenheit während des Bereitschaftsdienstes .....	40
<b>3</b>	<b>Pflicht zur Teilnahme am Bereitschaftsdienst .....</b>	<b>41</b>
3.1	Sicherstellungspflicht der niedergelassenen Ärzte .....	41
3.1.1	Annahme der fachlichen Eignung aller niedergelassenen Ärzte .....	42
3.1.2	Kritik und Plädoyer für eine Neuregelung .....	42
3.1.3	Keine Befreiung einzelner Facharztgruppen .....	45
3.1.4	Möglichkeit der Anordnung des Sofortvollzugs .....	46
3.2	Erweiterte Teilnahmepflichten .....	47
3.2.1	Ärzte in Kooperation, in Anstellung und mit hälftiger Zulassung .....	47
3.2.2	Praxis mit mehreren Standorten/Zweigpraxis .....	48
3.2.3	Rein privatärztliche Tätigkeit und Bereitschaftsdienst .....	50
3.3	Fachliche Eignung zum Bereitschaftsdienst .....	51
3.3.1	Pflicht zur Fortbildung für den Bereitschaftsdienst .....	51
3.3.2	Verlust der fachlichen Eignung zum Bereitschaftsdienst .....	53
3.3.3	Pflicht zur Kostenbeteiligung trotz Ungeeignetheit .....	54
3.3.4	Disziplinarmaßnahmen bei fehlender fachlicher Eignung .....	55
3.4	Befreiung vom Bereitschaftsdienst .....	55
3.4.1	Rechtsgrundlagen .....	55
3.4.2	Vorliegen schwerwiegender Gründe .....	56
3.4.3	Krankheit, Behinderung und Alter als Befreiungsgrund .....	57
3.4.4	Vorrangige Pflicht zur Bestellung eines Vertreters .....	58
3.4.5	Wirtschaftliche Zwänge als Befreiungsgrund .....	59
3.4.6	Fehlende Befreiungsgründe .....	59
3.4.7	Pflicht der KV zur Befreiung vom Bereitschaftsdienst .....	61
3.5	Beauftragung eines Vertreters .....	62
3.5.1	Zulässigkeit der Vertretung .....	62
3.5.2	Verhinderung des Arztes .....	63
3.5.3	Eigenes Haftungsrisiko auch bei Bestellung eines Vertreters .....	63

3.6	Recht zur Teilnahme am Bereitschaftsdienst .....	64
3.6.1	Beschränkungen des Teilnahmeanspruchs .....	64
3.6.2	Umfang des Teilnahmeanspruchs .....	65
3.6.3	Ausschluss vom Bereitschaftsdienst .....	66
<b>4</b>	<b>Rechtsbeziehungen im Bereitschaftsdienst .....</b>	<b>67</b>
4.1	Vertragliche Beziehung durch Behandlungsvertrag .....	67
4.1.1	Vertragsschluss zwischen Arzt und Patient .....	67
4.1.2	Inhalt des Behandlungsvertrages .....	68
4.1.3	Behandlungsvertrag bei Kindern und Jugendlichen .....	69
4.1.4	Behandlungsvertrag bei geschäftsunfähigen Patienten .....	70
4.2	Rechtsbeziehung durch „Geschäftsführung ohne Auftrag“ .....	71
4.2.1	Unfähigkeit des Patienten zum Abschluss eines Behandlungsvertrags .....	71
4.2.2	Weitere Voraussetzungen der GOA .....	72
4.2.3	Rechtspflichten aus GOA .....	73
4.3	Deliktsrechtliche Beziehung .....	74
4.4	Öffentlich-rechtliche Beziehung .....	75
<b>5</b>	<b>Ärztliche Behandlung im Bereitschaftsdienst .....</b>	<b>77</b>
5.1	Pflicht zur Behandlungsübernahme .....	77
5.1.1	Grundsätze der ärztlichen Behandlungspflicht .....	77
5.1.2	Behandlungspflicht aus Garantenstellung .....	79
5.1.3	Garantenstellung im Bereitschaftsdienst .....	80
5.1.4	Folgen eines Verstoßes gegen die Behandlungspflicht .....	81
5.2	Behandlungsgrundsätze im Bereitschaftsdienst .....	82
5.2.1	Erhebung der Anamnese .....	82
5.2.1.1	Begriff der Anamnese .....	82
5.2.1.2	Art und Weise der Erhebung der Anamnese .....	83
5.2.1.3	Anamnese im akuten Behandlungsfall/Notfall .....	85
5.2.2	Untersuchung und Befunderhebung .....	86
5.2.3	Notwendige Untersuchungs- und Diagnosemaßnahmen .....	87
5.2.4	Sanktionen wegen unterlassener Untersuchung .....	88
5.2.5	Behandlung nach Facharztstandard .....	89
5.2.6	Medizinischer Standard im Notfall .....	90
5.2.7	Exkurs: Anwendung alternativer Heilmethoden .....	92
5.3	Behandlungsumfang im Bereitschaftsdienst .....	93
5.3.1	Beschränkung der Behandlung auf das Notwendige .....	93
5.3.2	Voraussetzungen eines Hausbesuchs im Bereitschaftsdienst .....	94
5.3.3	Sanktionen wegen unterlassener Hausbesuche .....	96
<b>6</b>	<b>Weitere Pflichten im Bereitschaftsdienst .....</b>	<b>99</b>
6.1	Ordnungsgemäße Organisation .....	99
6.2	Rechtzeitige Überweisung bzw. Krankenhauseinweisung .....	100
6.2.1	Allgemeine Grundsätze .....	100

6.2.2	Auswahl eines geeigneten Krankenhauses .....	102
6.2.3	Haftungsträchtige Situationen .....	104
6.2.4	Rechtsprechung zur unterlassenen Krankenhouseinweisung ..	104
6.3	Zusammenarbeit mit dem Rettungsdienst .....	106
6.3.1	Überbrückende Erstversorgung .....	106
6.3.2	Sofortige Nachalarmierung des Rettungsdienstes .....	107
6.3.3	Sofortige Verweisung des Patienten an den Rettungsdienst ..	108
6.3.4	Anforderung des Bereitschaftsarztes durch den Rettungsdienst	109
6.4	Sonderpflichten beim „echten“ Notfall .....	110
6.4.1	Reanimationsmaßnahmen .....	110
6.4.2	Sicherung von Amputaten .....	111
6.5	Verdacht auf Kindesmisshandlung .....	112
6.5.1	Arten der Misshandlung .....	113
6.5.2	Allgemeine Auffälligkeiten bei sexuellem Missbrauch .....	114
6.5.3	Vorgehen bei ungewissem Verdacht .....	115
6.5.4	Das Bundeskinderschutzgesetz (BKISchG) .....	116
6.6	Meldepflichten nach dem Infektionsschutzgesetz .....	118
6.7	Dokumentationspflicht .....	120
6.7.1	Sinn und Zweck der Dokumentation .....	120
6.7.2	Umfang der Dokumentation .....	121
6.7.3	Art und Weise der Dokumentation .....	121
6.7.4	Berichtigungen und Änderungen der Dokumentation .....	122
6.7.5	Dokumentation im Bereitschaftsdienst .....	123
7	<b>Aufklärung des Patienten</b> .....	125
7.1	Rechtsgrundlagen .....	125
7.1.1	Die Pflicht des Arztes zur Aufklärung des Patienten .....	125
7.1.2	Zur rechtlichen Bedeutung der Aufklärung .....	126
7.2	Arten und Umfang der Aufklärung .....	127
7.2.1	Arten der Aufklärung .....	127
7.2.2	Umfang der Aufklärung .....	129
7.2.3	Notwendige Aufklärung über die Folgen bei Nichtbehandlung	131
7.2.4	Exkurs: Urteil des BGH zur nicht ausreichenden Aufklärung	132
7.2.5	Exkurs: Behandlungsalternativen und Außenseitermethoden	133
7.3	Art und Weise der Aufklärung .....	134
7.3.1	Mündliche, verständliche und schonende Aufklärung .....	134
7.3.2	Verwendung von Aufklärungsformularen .....	135
7.3.3	Telefonische Aufklärung .....	136
7.3.4	Aufklärung durch den behandelnden Arzt oder einen Vertreter	137
7.3.5	Adressat und Zeitpunkt der Aufklärung .....	138
7.3.6	Verzicht des Patienten auf die Aufklärung .....	139
7.4	Keine Aufklärungspflicht bei unaufschiebbarer Behandlung .....	140
7.4.1	Verzicht auf Aufklärung aus Zeitgründen .....	140
7.4.2	Differenzierte Beurteilung im Bereitschaftsdienst .....	141

<b>8 Einwilligung und Patientenverfügung</b> .....	143
8.1 Einwilligungsfähigkeit des Patienten .....	143
8.2 Der einwilligungsunfähige Patient .....	144
8.2.1 Der nicht orientierte Patient .....	144
8.2.2 Der bewusstlose Patient .....	146
8.3 Bewusstloser Patient ohne Patientenverfügung .....	147
8.3.1 Die mutmaßliche Einwilligung .....	147
8.3.2 Ermittlung des mutmaßlichen Willens .....	148
8.3.3 Exkurs: Bestellung eines Betreuers .....	149
8.3.4 Gespräch des Arztes mit dem Betreuer/Bevollmächtigten ...	150
8.3.5 Gespräch des Arztes mit Angehörigen und Vertrauenspersonen	151
8.3.6 Entscheidung des Arztes im Notfall .....	152
8.4 Bewusstloser Patient mit Patientenverfügung .....	154
8.4.1 Gesetzliche Regelung der Patientenverfügung .....	154
8.4.2 Anwendbarkeit auf die aktuelle Situation .....	155
8.4.3 Einschaltung des Betreuungsgerichts .....	157
8.4.4 Änderung des Patientenwillens und Widerruf der Einwilligung	158
8.4.5 Abgrenzungen .....	159
8.5 Einwilligung bei Minderjährigen .....	160
8.5.1 Einsichts- und Entschlussfähigkeit .....	160
8.5.2 Entscheidung der Eltern/gesetzlichen Vertreter .....	161
8.5.3 Informationspflicht des Arztes auch bei Einwilligungsunfähigkeit .....	162
8.5.4 Dringlichkeit und Bedeutung des Eingriffs .....	163
8.6 Behandlungsverweigerung durch den Patienten .....	165
8.6.1 Recht des Patienten auf Selbstbestimmung .....	165
8.6.2 Pflicht des Arztes zur schonungslosen Aufklärung .....	166
8.6.3 Behandlungsverweigerung durch die Eltern .....	168
<b>9 Sterbehilfe und Behandlungsabbruch</b> .....	171
9.1 Der Begriff der Sterbehilfe .....	171
9.1.1 Aktive Sterbehilfe (gezielte Lebensbeendigung) .....	173
9.1.2 Indirekte Sterbehilfe (Schmerzlinderung) .....	174
9.1.3 Passive Sterbehilfe (Sterbenlassen) .....	175
9.2 Behandlungsabbruch .....	176
9.2.1 Änderung der Terminologie durch den Bundesgerichtshof ..	176
9.2.2 Kriterien des Behandlungsabbruchs .....	177
9.2.3 Vorliegen einer lebensbedrohlichen Erkrankung .....	178
9.2.4 Der Wille des Patienten .....	179
9.2.5 Sterbebegleitung und Grundsätze der Bundesärztekammer ..	180
9.3 Strafbarkeit bei aktiven Eingriffen in das Leben .....	181
9.3.1 Strafbarer Totschlag bei eigenmächtigem Abschalten der Geräte .....	182
9.3.2 Strafbarer Totschlag bei Mitleidstötung .....	182

---

9.4	Beihilfe zum Suizid . . . . .	183
9.4.1	Aktuelle strafrechtliche Situation . . . . .	183
9.4.2	Berufsrechtliche Situation . . . . .	184
9.4.3	Kritik am generellen berufsrechtlichen Verbot der Sterbehilfe	185
9.4.4	Situation in der Schweiz und in den Niederlanden . . . . .	187
9.4.5	Geplantes Verbot der gewerbsmäßigen Förderung der Selbsttötung . . . . .	188
<b>10</b>	<b>Leichenschau und Todesfeststellung</b> . . . . .	193
10.1	Einführung und Grundlagen . . . . .	193
10.1.1	Begriff der Leichenschau . . . . .	193
10.1.2	Rechtsgrundlagen und Pflicht der Ärzte zur äußereren Leichenschau . . . . .	194
10.1.3	Ausnahmen von der Pflicht zur Leichenschau . . . . .	196
10.2	Durchführung der Leichenschau . . . . .	197
10.2.1	Unverzügliche Veranlassung der Leichenschau . . . . .	197
10.2.2	Art und Weise der Leichenschau . . . . .	198
10.2.3	Pflicht zur Entkleidung der Leiche . . . . .	199
10.2.4	Informationspflichten . . . . .	200
10.3	Todesfeststellung . . . . .	201
10.3.1	Todeszeitpunkte . . . . .	201
10.3.2	Sichere und unsichere Todeszeichen . . . . .	202
10.3.3	Angabe der Todesart . . . . .	204
10.3.3.1	Natürlicher Tod . . . . .	205
10.3.3.2	Nicht natürlicher Tod . . . . .	205
10.3.3.3	Exkurs: Mögliche Hinweise auf „nicht natürliche“ Todesart . . . . .	206
10.3.3.4	Ungeklärte Todesart . . . . .	206
10.3.3.5	Unterschied zwischen Todesart und Todesursache .	207
10.3.4	Schwierige Abgrenzung . . . . .	207
10.3.5	Vorgehen des Arztes bei nicht natürlicher und ungeklärter Todesart . . . . .	209
10.3.6	Ausstellung der Todesbescheinigung . . . . .	210
10.4	Probleme der Leichenschau . . . . .	212
<b>11</b>	<b>Zwangseinweisung und Unterbringung in der Psychiatrie</b> . . . . .	215
11.1	Rechtsgrundlagen . . . . .	215
11.1.1	Psychische Erkrankung und Gefährdungslage . . . . .	216
11.1.2	Suizidversuch als Unterbringungsgrund . . . . .	218
11.1.3	Exkurs: Verkennung der Suizidgefahr . . . . .	219
11.1.4	Richtervorbehalt bei Zwangseinweisung . . . . .	220
11.2	Sofortige vorläufige Unterbringung in der Psychiatrie . . . . .	221
11.2.1	Notwendigkeit der sofortigen Unterbringung . . . . .	221
11.2.2	Aufnahme- und Untersuchungspflicht der Klinik . . . . .	223
11.2.3	Dokumentation der sofortigen vorläufigen Unterbringung .	225

<b>12 Einsatz des Bereitschaftsarztes für die Polizei</b> .....	227
12.1 Blutentnahme und andere körperliche Eingriffe .....	227
12.1.1 Gesetzliche Voraussetzungen .....	228
12.1.2 Untersuchungen und körperliche Eingriffe .....	230
12.1.3 Körperliche Eingriffe nur durch einen Arzt .....	231
12.1.4 Untersuchungszweck und Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	232
12.1.5 Widerstand des Beschuldigten .....	233
12.2 Beurteilung der Gewahrsamsfähigkeit .....	234
12.2.1 Person in vorläufigem Polizeigewahrsam .....	234
12.2.2 Feststellung der Gewahrsamsfähigkeit .....	235
12.2.3 Pflicht des Arztes zur Untersuchung und Behandlung .....	236
12.2.4 Mangelnde Kooperation des Betroffenen .....	237
12.2.5 Handlungsempfehlung für den Arzt im Bereitschaftsdienst .....	238
12.2.6 Keine Pflicht zur Beurteilung der Haftfähigkeit .....	238
<b>13 Haftung für Behandlungsfehler</b> .....	241
13.1 Einführung .....	241
13.1.1 Begriff des Behandlungsfehlers .....	242
13.1.2 Einfacher und grober (schwerer) Behandlungsfehler .....	242
13.2 Kategorien von Behandlungsfehlern .....	244
13.2.1 Behandlungsfehler im engeren Sinne .....	244
13.2.2 Organisationsfehler .....	245
13.2.3 Aufklärungsfehler .....	245
13.2.4 Befunderhebungsfehler und Diagnosefehler .....	247
13.2.5 Mangelnde fachliche Eignung und Übernahmeverpflichtungen .....	249
13.3 Weitere Aspekte des Behandlungsfehlers .....	250
13.3.1 Pflichtverletzung des Arztes .....	250
13.3.2 Kausalität zwischen Behandlungsfehler und Schaden .....	251
13.3.3 Informationspflicht bei Behandlungsfehlern .....	252
13.3.4 Verjährung von Arzthaftungsansprüchen .....	254
13.4 Person des Haftenden .....	255
13.4.1 Persönliche Haftung des Arztes im Bereitschaftsdienst .....	255
13.4.2 Haftung bei Ärztekooerationen .....	256
13.4.3 Haftung für Mitarbeiter .....	257
13.4.4 Haftung für den Vertreter im Bereitschaftsdienst .....	257
13.4.4.1 Der Vertreter als „Verrichtungsgehilfe“ .....	258
13.4.4.2 Voraussetzungen der Haftung für Vertreter .....	259
<b>14 Beweisregeln im Arzthaftungsfall</b> .....	261
14.1 Allgemeine Beweisregeln im Arzthaftungsprozess .....	261
14.1.1 Beweislast des Patienten .....	261
14.1.2 Beweislast des Arztes .....	262
14.1.3 Schwierigkeiten der Beweislastverteilung .....	263
14.2 Beweiserleichterungen zugunsten des Patienten .....	263
14.2.1 Kategorien der Rechtsprechung .....	263
14.2.2 Beweislastumkehr bei beherrschbaren Risiken .....	264

14.2.3	Beweislastumkehr bei groben Behandlungsfehlern	266
14.2.4	Beweislast bei Befunderhebungsfehlern	268
14.2.5	Beweislast für ordnungsgemäße Aufklärung und Einwilligung	269
14.2.6	Beweislast bei fehlerhafter therapeutischer Aufklärung	270
14.2.7	Beweislast für hypothetische Einwilligung des Patienten	271
14.2.8	Beweislastumkehr bei mangelnder Eignung des Arztes	272
14.2.9	Beweislast bei Dokumentationsmängeln	274
14.3	Weitere Aspekte der Beweislastumkehr	275
<b>15</b>	<b>Haftungsmaßstab im medizinischen Notfall</b>	277
15.1	Haftungserleichterungen für den Arzt	277
15.1.1	Besonderheiten der Notfallsituation	278
15.1.2	Mangel an Zeit und Information	279
15.1.3	Beschränkte Diagnosemöglichkeiten	279
15.1.4	Haftungsmildernde Umstände im medizinischen Notfall	280
15.1.5	Haftungserleichterungen bei Geschäftsführung ohne Auftrag	281
15.2	Keine Haftungserleichterungen	282
15.2.1	Vorbereitungsphase der Behandlung	284
15.2.2	Maßnahmen nach der Behandlung	285
<b>16</b>	<b>Vorgehensweise im Schadensfall</b>	287
16.1	Einsichtsrecht des Patienten in die Dokumentation	287
16.1.1	Ausdruck des Rechts auf Selbstbestimmung	288
16.1.2	Einsichtnahme von Originaldokumenten nur in der Praxis	288
16.1.3	Übersendung einer Kopie der Patientenakte gegen Kostenerstattung	289
16.1.4	Beschränkungen des Einsichtsrechts	290
16.1.5	Einsichtsrecht der Angehörigen und der Erben	291
16.2	Berufshaftpflichtversicherung	292
16.2.1	Fehlen einer bundesgesetzlichen Versicherungspflicht	293
16.2.2	Umfang des Versicherungsschutzes	296
16.2.3	Rücksprache mit der Haftpflichtversicherung	297
16.3	Handlungsempfehlungen	298
16.3.1	Handlungsempfehlungen für den betroffenen Arzt	298
16.3.2	Mögliche Einwendungen des Arztes	301
16.3.3	Allgemeine Handlungsempfehlungen für alle Beteiligten	303
16.4	Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen	304
16.4.1	Allgemeines	304
16.4.2	Das Verfahren	305
16.4.3	Zahlen und Ergebnisse	307
16.4.4	Akzeptanz der Entscheidungen	308
<b>17</b>	<b>Die Abrechnung im Bereitschaftsdienst</b>	309
17.1	Abrechnung bei gesetzlich versicherten Patienten	309
17.1.1	Abrechnungsleitfaden der KV Baden-Württemberg	309

17.1.2 Übersicht der Abrechnungsmöglichkeiten im Bereitschaftsdienst .....	310
17.2 Abrechnungsausschlüsse .....	312
17.2.1 Auslegung der Vergütungsvorschriften .....	312
17.2.2 Abrechnung der Leistung „Erhebung einer Fremdanamnese“ .....	313
17.2.3 Abrechnung der Verweilgebühr im Bereitschaftsdienst .....	315
17.2.4 Abrechnung fachfremder Leistungen im Bereitschaftsdienst .....	315
17.2.5 Keine Privatabrechnung bei Kassenpatienten .....	316
17.3 Abrechnung bei Privatpatienten .....	317
<b>18 Strafrechtliche Aspekte im Bereitschaftsdienst .....</b>	<b>321</b>
18.1 Der ärztliche Heileingriff als Körperverletzung .....	321
18.2 Der Straftatbestand der Körperverletzung .....	322
18.2.1 Tatbestandsmerkmale der Körperverletzung .....	322
18.2.2 Qualifikationstatbestände der Körperverletzung .....	323
18.3 Fahrlässige Körperverletzung .....	324
18.3.1 Fahrlässigkeitsbegriff und ärztliche Sorgfaltspflichten .....	324
18.3.2 Kausalität zwischen Behandlung und Gesundheitsschaden ..	325
18.4 Fahrlässige Tötung .....	326
18.5 Unterlassene Hilfeleistung .....	327
18.5.1 Begriff des Unglücksfalls .....	328
18.5.2 Unterlassen der Hilfeleistung .....	329
18.5.3 Erforderlichkeit und Zumutbarkeit der Hilfeleistung .....	330
18.6 Verletzung der Schweigepflicht .....	332
18.6.1 Offenbarung eines fremden Geheimnisses .....	332
18.6.2 Einwilligung in die Offenbarung des Geheimnisses .....	333
18.6.3 Offenbarungspflicht und rechtfertigender Notstand .....	334
<b>19 Der Bereitschaftsarzt im Straßenverkehr .....</b>	<b>337</b>
19.1 Parkerleichterungen für Ärzte .....	337
19.1.1 Bereitschaftsdienst und Notfalleinsatz .....	337
19.1.2 Arzt auf Hausbesuch .....	338
19.2 Befreiung von der Straßenverkehrsordnung .....	339
19.2.1 Sonderrechte nur für den Rettungsdienst .....	339
19.2.2 Keine Sonderrechte für den Bereitschaftsarzt .....	340
19.2.3 Wegerechte für den Bereitschaftsarzt nur im Ausnahmefall ..	341
19.3 Rechtfertigender Notstand im Straßenverkehr .....	342
19.3.1 Gesetzliche Voraussetzungen .....	342
19.3.2 Rechtfertigende Notstandssituationen im Bereitschaftsdienst	343
<b>Anhang .....</b>	<b>345</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>353</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>357</b>